

# Englische Thronrede und Chinadebatte.

## Wille zur Verständigung mit China.

London, 8. Februar. Der König hat heute im Oberhaus die jährliche Thronrede mit einer Thronrede erlassen. In dieser wies der König auf die freundschaftlichen Beziehungen Englands zu allen Mächten hin und auf die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Europa. Viele seien daran interessiert, daß mit Deutschland ein Vertrag zur Bekämpfung der Inflationsursachen geschlossen werden könne. Der König ging dann auf die für England so bedrohlichen

### chinesischen Ereignisse

ein, die allein England veranlaßt hätten, zum Schutze des englischen Lebens und Eigentums in China Streitkräfte nach dem letzten Osten zu entsenden. Trotzdem sei England bereit, sich mit China friedlich zu verständigen. Die Regierung veranlaßt, so heißt es dazu, daß den chinesischen Behörden Vorschläge gemacht wurden, die die öffentliche Meinung in China und in der ganzen Welt davon überzeugen sollten, daß das britische Volk die Beilegung aller wirklichen Schwierigkeiten und die Erneuerung der Beziehungen auf einer gerechten Grundlage und die Ordnung der zukünftigen Beziehungen zu China auf dem Fuße der Freundschaft und des guten Willens wünscht.

Im zweiten Abschnitt wendet sich die Thronrede innerpolitischen Fragen zu. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Besserung in der Arbeitslosenfrage nicht durch industrielle Streiks aufzuhalten werde. Die jüngsten Ereignisse hätten es augenscheinlich gemacht, daß das Gesetz über industrielle Streitigkeiten eine Abänderung erfahren müsse. Schließlich wird erwähnt, daß Gesetzentwürfe über eine Landreform, über Arbeitslosigkeit, über Versicherungsanstalten und eine Bill zum Schutze der britischen Filmindustrie eingebracht werden sollen.

## Zusammentritt des Unterhauses.

London, 8. Febr. Das Unterhaus, das heute nachmittags zusammentrat, wird sich zunächst mit der Vorlage über die Abänderung des königlichen Titels beschäftigen. Die Adresse über die Verantwortung der Thronrede wurde von dem Konservativen Stanley eingeleitet, der u. a. für die in Aussicht gestellte Gleichbehandlung der Gewerkschaften sprach. Der konservative W. A. R. trat nachdrücklich für die von der Regierung in der chinesischen Frage verfolgte Politik ein. Ramsay MacDonald begrüßte die Bezugnahme der Thronrede auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Im übrigen habe man aus der Thronrede, daß die Regierung selbst in sehr großen Schwierigkeiten sei, um sich zu entscheiden, was ihr Programm sei. Es seien Meinungsverschiedenheiten im Kabinett vorhanden. Die Bedingungen der Regelung des Kohlendisputts seien von den Interessierten so angewandt worden, daß nur Wismut erzeugt worden sei. Wenn die Regierung auf dem Gewerkschaftsgebiet bestünde, würde das nicht den industriellen Frieden fördern.

Über die Lage in China erklärte MacDonald: Durch die Entsendung von Soldaten, die als Polizisten handeln sollen, ist eine neue Lage geschaffen worden, die die Sicherheit der Engländer in China nicht unbedingt gefährdet. Die erste Wirkung der Entsendung dieser Truppenmacht ist die Vermeidung von Peking und Kantons in dem Protest gegen England gewesen. Die in Aussicht genommene Gewaltanwendung in China und eine Wiederholung der Vorgänge von Hankau müßten verhindert werden, indem man verhandelt.

### Die Regierung spielt mit dem Feuer.

Die Kriegsgefahr ist durch die Entsendung der Truppen viel näher gerückt worden, als dies sonst der Fall gewesen wäre. MacDonald richtete an den Premierminister die Aufforderung, mitzuteilen, wann Verhandlungen eröffnet werden können, von einer Truppenabnahme abgesehen wird mit der Begründung, daß die Gefahren, wegen deren sie gelandt worden wären, beseitigt worden sind.

Macdonald befaßte sich hierauf mit den Beziehungen zu Rußland. Er sagte, nichts würde die außerordentlichen Beziehungen Englands mehr zerrütten, als ein Bruch mit Rußland. Es ist im Gegenteil zu hoffen, daß Großbritannien weit enger an Rußland rücken werde als bisher. MacDonald forderte

eine ganz deutliche Erklärung der Regierung über die russische Politik.

### Nach MacDonalds Ergriff

Premierminister Baldwin zur Chinapolitik das Wort. Er verlas eine Entschlüsselung des Kabinetts, die, wie er sagte, in wenigen Worten die Politik der Regierung enthalte. In dieser Erklärung heißt es: „Die allgemeine Politik der Regierung ist auf folgende Erwägungen begründet: Unsere Truppen wurden nach dem Fernen Osten entsandt, um britisches Leben, insbesondere in Schanghai, zu schützen. Dies war und ist die einzige Politik der Regierung.“

Wenn die der Ansicht sind, daß die Dringlichkeit sofortiger Auslösung in Schanghai erfordert, werden wir ausgenommen handeln. Wenn nicht, so wird die führende Brigade in Bereitschaft in Hongkong gehalten werden, während sich der übrige Teil der Streitkräfte nähert. Natürlich kann der Abschluß irgendeiner Vereinbarung mit Herrn Tschang oder irgend jemand anderem über die Bewegung der Truppen nicht in Frage kommen, die einig mit dem Zwecke entsandt sind, britisches Leben zu schützen.“

Baldwin erklärte weiter: Was die Lage in Hankau anbetreffe, so habe sich vom britischen Standpunkt nicht ergeben, was die Entschlossenheit der Regierung, ihre Ziele durch Verhandlungen zu erreichen, ändern könnte.

## Erklärungen Tschangscholins.

London, 8. Februar. In einer Erklärung, die Tschangscholin veröffentlicht hat, heißt es in Bezug auf die Frage der Haltung Chinas gegenüber den Mächten: Unsere Politik gegenüber Ausländern, die in China wohnen, ist der Schutz an Leben und Eigentum. Andererseits erwarten wir, daß die Mächte unsere öffentliche Meinung und angeborenen Rechte berücksichtigen. Tschangscholin erklärte weiter, daß der augenblickliche Kampf gegen nichts anderes als gegen die Bolschewisten gerichtet sei. Es bleibe Raum für die Verhandlungen mit allen, außer mit den Bolschewisten.

Peking, 8. Febr. Es wird nicht offiziell, aber aus vertrauenswürdiger Quelle berichtet, daß das Kabinett heute die letzten Vorschläge Großbritanniens erörterte und beschloß, nicht darauf zu antworten, bis die britische Regierung eine Antwort auf die kürzliche Protestnote der Peking-Regierung gegen die Entsendung von Truppen nach Schanghai erteilt habe. (W. T. B.)

## England und die Frage der Rheinlandräumung.

London, 8. Februar. Im Oberhaus stellte Lord Beauchamp (Lib.) hinsichtlich der Räumung des besetzten deutschen Gebiets die Frage, ob diese Räumung nicht beschleunigt werden könnte und wenn es auch nur aus dem naheliegenden Grunde wäre, daß nach ihrer Durchführung mehr Geld für Reparationszwecke verfügbar wäre. Lord Salisbury erwiderte im Namen der Regierung, sobald das geltende Recht in Betracht komme, bestünde kein Anspruch auf volle Räumung, ehe alle Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt seien. Das sei im Vertrag ausdrücklich bestimmt. Es sei jedoch zuzugaben, daß eine Beschleunigung sehr zu begrüßen sei würde.

Dies sei freilich die Auffassung der englischen Regierung gewesen, und sie werde, soweit es auf sie ankomme, ihre Macht und ihren Einfluß freizusetzen in dieser Richtung anstreben. Es sei jedoch eine sehr schwierige und verwickelte Angelegenheit, die die aktive Mitarbeit Deutschlands bei den Verhandlungen und bei den Verbindungen erfordere, zu denen diese Verhandlungen führen könnten, sowie die Mitarbeit der anderen Länder. Die Angelegenheit dürfe nicht überhastet werden. Jedoch, so erklärte Lord Salisbury zum Schluß, kann ich im Namen der Regierung und wohl auch aller Parteien dieses Landes feststellen, daß wir sehr gern auf jeden Fall eine Verringerung der Streitkräfte unserer früheren Verbündeten und unserer eigenen Streitkräfte in der zweiten und dritten Zone des besetzten Gebietes so bald als irgend möglich sehen würden. Es wird bald der Fall sein kann oder nicht, kann ich nicht sagen. Jedoch steht der gute Wille der englischen Regierung schon fest. (W. T. B.)

## Die Arbeitslosenversicherung im Reichstage.

(Zusammenfassung unserer Berliner Korrespondenz)

Berlin, 8. Febr. Der Reichstag hat heute die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Arbeitslosenversicherung fortgesetzt. Abg. Frau Teusch (D.) begrüßte die Vorlage als einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiete der deutschen Sozialpolitik. Das Zentrum habe sich seit Jahren bemüht, ein solches Gesetz zu erreichen. Gerade vor 25 Jahren habe der Altmeister der deutschen Sozialpolitik, Dr. Dine, den ersten Antrag in dieser Hinsicht gestellt und die Bildung eines Ausschusses zur Prüfung der Arbeitslosenfrage gefordert. Seit damaliger Mitarbeiter, der jetzige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, habe jetzt das Gesetz vorgelegt. Jahre wirtschaftlicher Not und sozialpolitischer Spannung lagen zwischen dem ersten Antrag und dem vorliegenden Gesetzesentwurf.

Abg. Thiel (D. Vp.) gab zunächst einen geschichtlichen Überblick zur Frage der Schaffung einer Arbeitslosenversicherung. Mit dem Schematismus, der dem Mißbrauch für und für ohne, müsse baldmöglichst ausgemerzt werden. Die Deutsche Volkspartei begrüße daher den vorliegenden Gesetzesentwurf. Es müsse geprüft werden, ob statt der Landesstellen nicht besser eine Reichsanstalt als Träger der Versicherung bestellt werde. Ein Mangel des Entwurfs sei die ungenügende Berücksichtigung beruflicher Eigenartlichkeit, besonders berechtigten seien die Klagen aus den Kreisen der Angestelltenchaft. Im Interesse einer schnelleren und reibungslosen Erledigung des Entwurfs empfahl der Redner, das Gesetz nur auf die Bedürfnisse der Arbeiterchaft auszuweiten und den Angehörigen des Rechts einzuräumen, ihre Versicherung in den Erwerbsklassen ihrer Berufsverbände zu nehmen. — Abg. Schneider, Berlin (Dem.), stimmte dem Grundgedanken des Gesetzes zu, hielt aber die Organisation für zu kompliziert.

Abg. Schirmer, Franken (D. Vp.), forderte Entschädigung der schwer betroffenen Krankenkassen für ihre Mehrarbeit. Etwa 10 Millionen Arbeiter und Angestellte würden durch das Gesetz der Versicherung unterworfen. Die besonderen Verhältnisse auf dem Lande müßten berücksichtigt werden.

Der Gesetzesentwurf wurde dann dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Die Kommunisten beantragten nun, das von ihnen eingebrachte Mißtrauensvotum gegen den Reichsinnenminister v. Wendt auf die Tagesordnung am Mittwoch zu setzen. Abg. Dr. Jupp (D. Vp.) erhob dagegen Widerspruch. Das vom Reichskanzler angeforderte Verfahren gegen den Minister sei in Angriff genommen. Man müsse jetzt abwarten, was es bringe, dann könne das Haus entscheiden. Auch von sozialdemokratischer Seite wurde es für erforderlich gehalten, das Verfahren erst zum Abschluß zu bringen. Der kommunistische Antrag wurde infolgedessen abgelehnt.

## Minister Schädel über die Ziele der Reichspost.

Die mittelbaren Zweckleistungen der Post.

Berlin, 8. Febr. Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht eine Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit Reichspostminister Schädel, in der dieser u. a. sagte, daß das hohe Verdienst Stinags darin liege, die deutsche Reichspost innerlich konsolidiert und wirtschaftlich neu zu machen. Aber trotzdem liege die Reichspost heute noch nicht wieder so da wie vor Kriegsausbruch, da sie an den Tagesstellen mittelbar beteiligt sei. So verlange die Dames-gebundene Reichsbahn für die Bahnpostbeförderung gegenwärtig rund 120 Millionen Mark gegenüber 12 Millionen im Frieden. Die 120 Millionen würden vielleicht in nächster Zeit noch erhöht werden müssen. Die Deutsche Reichspost werde sich also unter erheblich schwierigen Umständen die alte Weltstellung wieder zu erobern haben.

## Sensationelle Enthüllungen im Düsseldorf Regieschieberprozeß.

Düsseldorf, 8. Febr. Die größte Sensation des Regieschieberprozesses brachte heute die Aussage eines deutschen Kriminalbeamten, der an den ersten Feststellungen der französischen Untersuchungskommission teilgenommen und den rumänischen Schieber Kupferschmidt festgenommen hatte. Ein Telefongespräch über die bevorstehende Vernehmung des Verhafteten im Kölner Gefängnis war von den Franzosen bekannt worden. Kaum hatte Kupferschmidt dem deutschen Beamten beim Gefängnisüberhör einmündig eingestanden, als ein französischer Offizier in die Zelle trat und die deutschen Beamten aus der Zelle vertrieb. Nach dem Fortgehen des Offiziers, der längere Zeit mit Kupferschmidt allein gesprochen hatte, gab dieser keine Antwort mehr. Kurz darauf wurde er freigelassen. Nach wenigen Tagen wurde bekannt, daß Kupferschmidt Waggons Eisenbahn zur Verchiebung bereit halte. Für diese Schöpfung brachte er sogar den Erlaubnischein höherer Pariser Reaktionsstellen herbei. Jedoch wurde diese Schöpfung noch in letzter Minute vereitelt.

## Das Urteil im Lindemann-Prozeß.

Berlin, 8. Februar. In dem Strafprozeß gegen den Kommunisten Lindemann wegen Aufrüsterei fiel heute das Schöffengericht heute das Urteil. Der Angeklagte wurde zu 1000 Mark Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeprochen, daß Lindemann auf Täuschung berechnete Mittel angewandt habe. Das Gericht billigte dem Angeklagten aber mildernde Umstände an, weil die Straftat drei Jahre zurückliege und sich unmittelbar an die Inflation angeschlossen habe, eine Zeit, in der die widdeste moralische Zerrüttung in der Gesellschaft noch bemerkbar gewesen sei. Im Interesse der Öffentlichkeit, die vor einer Wiederholung derartiger Manipulationen geschützt werden müsse, sei die Geldstrafe sehr hoch bemessen worden. (Weitere Einzelheiten siehe im Vermischten Teil des Blattes.)

## Feier des 50jährigen Militärjubiläums des ehemaligen Kaisers.

Berlin, 8. Februar. Die Offiziersverbände veranstalteten heute abend anlässlich des 50jährigen Militärjubiläums des früheren deutschen Kaisers eine Feier, zu der zahlreiche Offiziere und Mannschaften der alten Armee und Marine erschienen waren. Generalfeldmarschall v. Mackensen hielt eine Ansprache, in der er die Entwicklung der deutschen Wehrmacht unter dem früheren deutschen Kaiser schilderte. (W. T. B.)

London, 8. Februar. Bei einer parlamentarischen Zusammenkunft der Liberalen Partei wurde Lord George Curzon wiederum zum Vorsitzenden der Fraktion für die Dauer der Session gewählt. (W. T. B.)

# Vasenol- Wund- und Kinder-Puder

unentbehrliches Einstrahlungsmittel für kleine Kinder. Bei nächtlichem Nassen als zuverlässiges Vorbeugungsmittel gegen Wundsein gleichzeitig angewendet

# Vasenol-Wund-u. Paste

ist die beste Hautpflege f. Säuglinge u. kleine Kinder.

# Um die Erleichterung der Ehescheidung.

## Weiterberatung der Anträge im Rechtsausschuß.

„Ein bißchen verrückt ist heutzutage schließlich jeder.“

Berlin, 8. Febr. Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet heute unter Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) kommunisistische, sozialdemokratische und demokratische Anträge auf Reform der Ehescheidung dahin, daß Ehen bei Herrützung auch ohne das von den bisherigen Gesetzbestimmungen verlangte Verschulden mindestens eines Ehepartners gelöst werden können. Ferner wird in den Anträgen in mehr oder minder scharfer Form die Ermöglichung einer Ehescheidung beim Vorliegen von Geisteskrankheit leichter Art, z. B. Lähmung, Dementia usw., gefordert.

### Rechtsjustizminister Dr. Hergt

erklärte vor Eintritt in die Tagesordnung, es sei ihm eine ganz besondere Freude, seine Beziehungen zum Rechtsausschuß heute eröffnen zu können. Er bitte um Nachsicht bei der sehr schwierigen Arbeit, da ihm die eigentlichen Justizaufgaben natürlich etwas fremd geworden seien. Es bedürfe erneuter mühevoller Arbeit für ihn, um sich in die vorliegenden Aufgaben wieder einzuarbeiten. Schon die Regierungserklärung habe auf einzelne große Aufgaben der Justizreform hingewiesen. Vor allem sollten Strafrecht und Strafprozeß reformiert werden, und es sei nach der Regierungserklärung zu hoffen, daß nach dieser Reichstagsperiode diese Aufgaben erfüllt werden können. Andere Reformen ständen bevor, sowohl auf dem Gebiete des internationalen Rechts wie auch bezüglich des Patent- und Gebrauchsmusterrechts, bezüglich der Rechtsprechung der unehelichen Kinder und bezüglich eines Auslieferungsgesetzes. Der Minister schloß mit der Hoffnung auf ein enges Zusammenarbeiten mit dem Rechtsausschuß.

Vorsitzender Abg. Kahl erwiderte, daß es für den Rechtsausschuß von allerhöchster Wichtigkeit sei, sich der Mitarbeit des Herrn Rechtsjustizministers zu erfreuen. — Danach wurde die Debatte über die Ehescheidungsreform eröffnet.

Abg. Pilger (D. Vp.) wies darauf hin, daß die Fälle einer nichtverschuldeten Herrützung der Ehe gar nicht so häufig seien, wie leicht wies behauptet werde. Immer habe doch mindestens ein Teil die Schuld. Man könne daher dabei verbleiben, die Schuld an der Herrützung einer Ehe als Voraussetzung für die Ehescheidung aufrechtzuerhalten. Eine Erleichterung der Ehescheidung würde eine Vernachlässigung der Stellung der Frau herbeiführen. Es sei deshalb unvermeidlich, wie gerade Frauen sich für die Erleichterung der Ehescheidung so sehr ins Zeug legen.

Die Wirkung der Erleichterung der Ehescheidung, führte Abg. Pilger weiter aus, würde die Vermehrung leichtsinniger Ehescheidungen sein. Nur im Falle der geistigen Krankheit eines Ehegatten seien für die heutigen Bestimmungen reformbedürftig. Wenn man den Standpunkt der Unauflösbarkeit der Ehe aufgab, gielte man bergab. Deshalb sei es fraglich,

ob überhaupt Veränderungen der jetzigen Gesetzgebung vorgenommen werden könnten.

Abg. Gamppe (Wirtsh. Vgg.) stellte für seine Person fest, daß er im Gegensatz zu den früheren Ausführungen seines Fraktionskollegen Bredt gegen eine Erleichterung der Ehescheidung sei. Bredt habe vielleicht für die Wirtshauspartei gesprochen, aber nicht für seine (des Redners) engeren Freunde: die Deutschhannoveraner. Wir bilden, erklärte der Redner, in unserer Fraktion ja nur eine politische Ehe. (Zurück: Sie scheint zertrübt zu sein. Zustimmung und Beifall.)

Abg. Dr. Rosenfeld (Zos.) richtete an den Reichsjustizminister Hergt die Frage, wie er zu den vorliegenden Anträgen auf Erleichterung der Ehescheidung stehe. Reichsjustizminister Hergt verwies auf die Erklärungen, die Staatssekretär Joel im Auftrage des früheren Reichsjustizministers Dr. Bredt abgegeben habe und wonach der Minister es ablehne, in dieser Frage einen gesetzgeberischen Vorschlag zu machen. Bei dem großen Widerspruch der Meinungen in dieser Frage würde die Regierung ihre Aufgabe falsch aufzufassen, wenn sie die Initiative ergreife. Sie würde die Gegenfrage im Lande nur noch vertiefen, und das könne von ihr nicht erwartet werden.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) wies darauf hin, daß auch der Abg. Pilger von der Bayerischen Volkspartei im Falle der Geisteskrankheit die Reformbedürftigkeit des Ehescheidungsrechts anerkannt habe. Die Reformbewegung sei so alt wie das bürgerliche Gesetz, und wenn die Reform jetzt nicht komme, würde sich die Ehebrüche und die Zahl der Fälle, wo der Ehebruch vorgeliegt werde, nur vermehren. Nur würde eine große Erregung entstehen, die man durch Durchführung der Reform vermeiden könne. Abg. Dr. Kahl kündigte einen Änderungsantrag an, wenn seine Fraktion gesprochen haben werde.

Abg. Dr. Hannemann (Dn.) erklärte für sich persönlich, daß die verschiedenen Ehereformvorschläge nicht zur Ruhe kommen würden, wenn alle Reformvorschläge abgelehnt würden. Der Sturmlauf gegen das geltende Gesetz könnte dann zu Änderungen führen, die jetzt niemand wollte. Das Festhalten an dem harten Ehescheidungsprinzip sei nicht einmal möglich. Im einzelnen bemerkte der Redner, daß ihm die Vorschläge des Abg. Kahl zu weit gingen.

Abg. Dr. Hockius (Z.) verteidigte die ablehnende Haltung des Zentrums. Das Zentrum wolle lediglich im Falle eines Verschuldens, wie es die geltenden Gesetzbestimmungen erfordern, die Ehescheidung zulassen. Es sei gegen jede Änderung. Auch in den Fällen, wo noch nicht völlige Geisteskrankheit vorliege, seien seine Freunde gegen eine Erleichterung der Ehescheidung, da die Gefahr bestehe, daß sonst schon bei einer kleinen hysterischen Ehescheidung ausgeprochen würden.

Ein bißchen verrückt ist heutzutage schließlich jeder. (Weiterkeit.) Man sei im übrigen zu leicht geneigt, die Verhältnisse der Großstadt für das ganze Land zu verallgemeinern.

Nach weiteren Ausführungen eines sozialdemokratischen Redners wurde die allgemeine Debatte auf Donnerstag vertagt.